

Stadtentwicklung in der Krise - Eine Debatte, die noch nicht begonnen hat.

Eine Zusammenfügung der Metaphern „Stadt“ und „Krise“ in verschiedenen Formen und Konstellationen – das ist sicher nicht erst seit heute Tenor und Hintergrund einer Vielzahl von Wortmeldungen und Veröffentlichungen. Kritik an Form und Inhalt der dabei vorherrschenden Debatte ließe sich nun an den verschiedensten Kennzeichen festmachen.

Da wäre zunächst die Tatsache, daß das Gerede von der Krise immer etwas ideologisches hat, soweit es auf der Möglichkeit des Gegenteils insistiert: der Realisierung irgendeiner Art von „Gesundung“ oder „Gleichgewicht“ der Stadt in derselben Gesellschaft. Auf dieser Ebene der Debatte hat die Linke immer darauf insistiert, daß sich aus den mannigfachen und historisch wechselnden Formen städtischer Krisen dieselben Strukturprinzipien dieser Gesellschaft dechiffrieren lassen.

Gerade an der heutigen Diskussion läßt sich jedoch noch eine weitere Kritik anbringen: im Dschungel der verschiedenen Fachdebatten von Soziologen, Planern, Architekten, zwischen Diskussionen um Segregation, Leitbild, Stadtbild, Finanzen scheint heute der Blick auf den Zusammenhang von Krise und Stadtentwicklung, als ein zusammenhängendes Phänomen mit sozialen, baulichen, kulturellen und politischen Aspekten verstellt. Es fehlt eine Debatte, wie sie vielleicht einigen unserer Leser aus Italien und Frankreich bekannt sein mag, eine urbanistische Diskussion, in der sich Praktiker und Theoretiker der verschiedenen Disziplinen, politisch Aktive auf Seiten der Linken wiederfinden und verständigen können. Nicht zufällig haben denn auch die meisten Beiträge im Heftschwerpunkt dieser ARCH-Nummer einen eher journalistischen Charakter, scheint es doch gegenwärtig in der BRD auf dieser Ebene noch am ehesten möglich, jenseits von fachbornerter „Disziplinierung“, Stadt und städtische Konflikte in ihren verschiedenen Dimensionen zu behandeln. Eine sei es auch nur geraffte und kurzgefaßte Analyse, wie die von Piven und Cloward zur amerikanischen Stadt, in der zugleich ökonomische, soziale, kulturelle und politische Probleme angesprochen werden – sie ist in der BRD bislang kaum zu finden.

An diesem amerikanischen Beitrag, aber auch an der zu einem Essay ausweiteten Buchbesprechung von Tarozzi ist jedoch noch etwas anderes auffällig, was beide von den meisten deutschen Beiträgen unterscheidet: *die Art und Weise, wie gleichzeitig aktuelle Krisenphänomene in der Stadt und die Charakteristika der gegenwärtigen gesellschaft-*

lichen Krise thematisiert und miteinander verknüpft werden. Wenn wir auf so einer Verknüpfung insistieren, dann reden wir nicht noch einmal von der Rückvermittlung aktueller städtischer Krisenerscheinungen zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Strukturmerkmalen, es ist uns dabei auch nicht um die allseits akzeptierte sektorale Einbeziehung der staatlichen Politik zu tun: der Wohnungsbaupolitik, Regional- und Landesplanung (auf deren Rolle U. Hellweg am Beispiel des Ruhrgebiets eingeht). Es geht uns dabei vielmehr darum, der Abkapselung einer (kaum entfalteten) Diskussion über die Krise der Stadt im Sinne des *Sichtbarwerdens einer neuen historischen „Entwicklungsphase“ von Städten in der BRD*, von einer (ebenfalls kaum begonnenen) Diskussion über den konkreten Charakter der Krise heute in diesem Land entgegenzuwirken. Wir behaupten, daß eine derartige Verbindung die Analyse der aktuellen städtischen Krise nicht lediglich etwas „globaler“ werden läßt, sondern ihr zu mehr Konkretion und Kohärenz verhelfen kann.

Wenn wir im folgenden einmal auf der sozialen Ebene, der Ebene der gesellschaftlichen Bewegungen und der Ebene der institutionellen Politik diesen Wert einer solchen Verknüpfung andeuten wollen, dann greifen wir bei den angegebenen Ausgangsbedingungen (des Fehlens kohärenter Analysen) auf die beschreibende Metapher der „Amerikanisierung“ zurück. Wir wollen sie, wie es bei Gschwind und im Interview zum Fall Duisburg geschieht, nicht allein zur Beschreibung städtischer, sondern auch gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen benutzen. Wir sind der Ansicht, daß sich mit diesem Begriff bestimmte Kennzeichen einer neuen Entwicklungsphase unserer städtischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit recht gut in Szene setzen und in diesem Sinne dramatisieren lassen.

Gesellschaftliche Marginalisierung und räumliche Segregation

Gegenwärtig beginnt man gerade erst, die sozialen Folgen der Krise der westlichen Länder hier in der BRD schärfer zu sehen. Es sind Folgen der Rationalisierung, der regionalen und sektoralen Umgruppierung großer Kapitale, der Auslagerung ganzer Produktionszweige, der dauernden Ersetzung und Abstoßung menschlicher Arbeitskraft bei Stagnation oder gar Rückgang evtl. neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Dieses, wie man in Italien wohl treffend sagt, Modell der „erweiterten Repro-

duktion der Arbeitslosigkeit“ schafft neue Formen der sozialen Schichtung, deren wichtigste wohl die in der Arbeiterklasse selbst ist: eine *interne Klassenspaltung* zwischen relativ qualifizierten Arbeitsplatzbesitzern und den an den Rand gedrängten, marginalisierten Teilen, „Überflüssigen“ und nach der Logik des Profits auch nutzlosen Bevölkerungssektoren. Es ist diese Art von „Segregationsproblematik“ die sich nun im Milieu der Stadt, im „Reproduktionsbereich“ widerspiegelt und die, wie wir wissen, noch verstärkt wird. Motoren dieser räumlich-städtischen Übersetzung der im Produktionsbereich generierten Klassenspaltung sind dabei: der private Grundbesitz, die Kapitalinteressen im Wohnungsbau und eine Stadtpolitik, über die solche Interessen lediglich mediatisiert und kompromißfähig gemacht werden. Deutlicher wird damit jedoch auch für das urbanistische Konfliktfeld eine zentrale Frage, die im Produktionsbereich die Gewerkschaften mit neuen Konzepten zur Rationalisierungspolitik, der Arbeitsplatzsicherung auf ihre Weise gerade anzugehen versuchen: welche Möglichkeiten gibt es, der sozialräumlichen Zerteilung der Stadt, ihrer Spaltung in „Aktiv-“ oder „Passivräume“, der *Ghettoisierung bestimmter sozialer Schichten*, also diesem ersten Aspekt möglicher Amerikanisierung entgegenzuwirken? Wenn heute in der BRD zur Entwicklung oder gar Durchsetzung sozialer Leitbilder für die Stadtentwicklung noch die Bedingungen fehlen (wie in Italien das der durch kollektive Dienstleistungen strukturierten Stadt, in Frankreich das der nicht-segregativen Stadt) welche Möglichkeiten gibt es, ähnlich wie die gewerkschaftlich-betriebliche „Antisegregationspolitik“, wenigstens verbindende *Zwischenziele* zu formulieren, Forderungen, die in der gegenwärtigen Situation ansatzweise Realisierungschancen haben?

Soziale städtische Bewegungen: zwischen Integration und Ghettoisierung

In bezug auf solche und andere Fragen, die das Problem eines alternativen Weges in der gegenwärtigen Krise berühren, landet man oft nur allzusehr bei dem Thema der *städtischen Bewegungen*. Kaum beachtet worden sind in bezug darauf bislang die Folgen der sozialen Spaltung im Bereich der Produktion und auf dem Territorium der Stadt, die drohenden Folgen der kaum irgendwo überwundenen politischen Isolation der Bürgerinitiativen, die zusammengekommen die Gefahr einer „Amerikanisierung“ auch der der sozialen (städtischen) Bewegungen mit

sich bringen: auf der einen Seite die lobbyähnliche, lokal fixierte und nur gering politisierte Bewegung derer, die sich nurmehr bei der Aufbesserung „ihres“ Quartiers, bei Eingriffen in „ihre“ Schul- oder Kindergartenversorgung zu Wort melden, ohne daß die lokalistisch beschränkten sozialen Ziele und die im Klima des Autoritarismus nur schwer zur Geltung kommenden antiautoritativ-demokratischen Momente zu den besonderen Interessen und Belangen der Deklassierten in den städtischen Niedergangsräumen eine Brücke schlagen könnten. Auf der anderen Seite und getrennt davon die Artikulation der neuen und alten „Randgruppen“: im Kampf um soziale Dienstleistungen, die gerade sie am allerwenigsten durch eine Ausweitung privaten Konsums kompensieren können, die Auseinandersetzung um das Überlegen mit der Bürokratie des Wohlfahrtsstaates, die die kollektive Betroffenheit in individuelle „Problemfälle“ aufspaltet. Gerade die Perspektive, die hier nun von Piven und Cloward glorifiziert wird, eine zunehmende Militanz der Gegenwehr solcher auf sich selbst verwiesener Gruppen, wird das grundsätzliche Problem der Isolierung solcher Deklassierten-Initiativen von politisch-subalternen korporativistischen Bürger-Initiativen eher verschärfen, eine Tatsache, die nur für jene unproblematisch sein kann, die sowieso glauben, daß die „Zukunft den Marginalisierten“ gehört. Wie einer solchen drohenden Entwicklung begegnet werden kann, diese Frage läßt sich nur richtig stellen und beantworten, wenn jenseits einer Analyse von Stadt und lokalem Kontext der weitere politisch-historische Rahmen auf gesellschaftlicher Ebene mit in Betracht gezogen wird, nicht als unabänderliches Faktum sondern als eine Wirklichkeit, deren Risse und Widersprüche über die weitere Entwicklung des Charakters städtischer sozialer Bewegungen mitentscheiden.

Das Ende der „welfare-Politik“?

Sprechen wir nun von der institutionalisierten Politik als Teil dieses weiteren historischen Rahmens, dann gehört in diesen Zusammenhang wohl das, was Tarozzi als „Ende des welfare state“ bezeichnet hat: die Überholtheit eines wesentlich sozialdemokratisch geprägten politischen Konzepts und einer Friedensformel aus der Zeit der „Überflußgesellschaft“, in der das Ziel des staatlich-kompensatorischen Ausgleichs gesellschaftlich reproduzierter Ungleichheit einen Teil der „Systemveränderer“ wie der „Systemverwalter“ noch unter einem Hut zusammenbringen konnte. Tatsächlich hat sich hier ein weitgehender Schwenk der Regierungspolitik vollzogen. Nicht mehr Korrektur und Ausgleich, sondern Hilfe bei der vollen Durchsetzung der Marktrationalität, hat heute absoluten Vorrang. Nur mit einer derartigen *Politik der Austerität* (deren liberalistische Aspekte in den USA eine lange und eigentlich nur im

„New-deal“ unterbrochene Tradition haben) meint man auf zentralstaatlicher wie städtisch-kommunaler Ebene die Krise „meistern“ zu können. So adressiert sich denn auch die neue Politik von Städten, die noch vor Jahren angeblich gerade ihren „unterprivilegierten“ Bürgern zur „gleichen Chance“ verhelfen wollten, heute nur noch bis zu jenem Mittelstand von Angestellten und Facharbeitern hinunter, die bei der Explosion von Mietpreisen mithalten können oder „eigentumsfähig“ sind. Die ganze Skala von Bevorzugungs- und Begünstigungs-, Benachteiligungs- und Repressionsmustern, die hier in der großen wie lokalen Politik eine Rolle spielen, all das macht traditionell nur allzu verbreitete Denkschemata in der Linken fragwürdig: so z.B. das von der Krise, die angeblich allein und zuerst den Widerspruch zwischen Kapital-, (Monopol-) und Bevölkerungsinteressen verschärft, und wo die Dynamik ökonomischer Interessen einklagung schon zum Kampf „Klasse gegen Klasse“ hinführt. Verdunkelt wird in diesem Bild eine ebenfalls „amerikanische“ Gefahr: daß die verschiedenen Gruppen der unterschiedlich Betroffenen auf je ihre Weise nach der Parole des „Rette sich wer kann“ handeln, eine Situation des verallgemeinerten Partikularisten, in der der Appell zur Selbstdisziplinierung und zum Gemeinschaftssinn, der das „Modell Deutschland“ begleitet, das Projekt einer autoritären Interessenformierung durchaus eine neue Glaubwürdigkeit gewinnen kann.

Risse und Schwachstellen im gegenwärtigen Konzept gesellschaftlicher und städtischer Krisenlösung: Ansatzpunkte zu einer progressiven Wende?

Wir haben bis hierher versucht, einige städtische und gesellschaftspolitische Tendenzen in ihrer Verknüpfung zu behandeln und sie unter dem Stichwort der „Amerikanisierung“ einmal zu dramatisieren. Wir unterstellen nun keinesfalls, das alles in diese Richtung weist, so daß schließlich wie in den Vereinigten Staaten ein weitgehend verhärteter politischer und sozialer Block, der große Teile der Organisationen und Interessen auch der Arbeiterklasse sich untergeordnet und inkorporiert hat, hier in der BRD bereits Realität ist.

Neben dem weiteren Anwachsen und der teilweisen Konsolidierung sozialer (städtischer) Bewegungen scheint uns vor allem folgendes wichtig: daß sowohl innerhalb der Gewerkschaften, wie auch der Sozialdemokratie und selbst der Freien Demokraten der wirtschafts- und sozialpolitische Bruch mit dem kittenden Konzept des „welfare-state“ nicht einfach und widerspruchsfrei mitvollzogen wird. Dieser Riß sozialer und politischer Art, in Basis und Führung dieser Organisationen scheint uns auf längere Sicht erheblich schwerer zu verkraften zu sein, als der alleinige Protest einer minoritären und beinahe ghettoisierten sozialistischen und kommunistischen Lin-

ken. Sicher mag ein Gutteil der auch und gerade in vielen *Gemeindeparlamenten* zu beobachtenden stillen und offenen Verweigerungsreaktionen gegenüber dem weiteren Abbau (städtischer) sozialer Dienstleistungen, einer noch rücksichtsloseren Privatisierung (der Stadt) sich heute noch allein in verzweifelten Rückverweisen auf alte Reformversprechen und -konzepte erschöpfen, die selbst in ihren weniger technokratischen Varianten auch als zeitgemäße Kleinausgabe heute nicht mehr so wiederholbar sind. Solcher Hilflosigkeit begegnen kann nur eine offene Debatte darüber, *welche anderen Wege jenseits von gegenwärtigen austerität- und zurückliegenden welfare-Konzepten gangbar sind, auf denen die Auswirkungen der Krise sozial wie politisch weniger zerstörend wirken — eine Debatte also um Alternativen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die Konsequenzen und —auch vorgehende — Konkretisierungen in der kommunalen und städtebaulichen Politik erfahren.*

Eine Debatte zur „Stadtentwicklung in der Krise“, die auch eine Debatte über Möglichkeiten einer progressiven Wende auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht von vornherein resignativ wegschiebt, muß also zweierlei im Blick haben und zusammendenken: die verstreuten und dezentralen Ansätze städtischer Bewegungen, die mögliche positive Rolle von Gruppierungen der außerparlamentarischen Linken und solche Konzepte, Strategien und Absichtserklärungen, wie sie als Gegengutachten von Wirtschaftswissenschaftlern, als Gegenvorschläge der Gewerkschaften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik, oder mit den Überlegungen um Janssen, Eppler, Steffen vorliegen. Möglichkeiten und Schwierigkeiten, in der Gleichzeitigkeit von Konflikt und Kooperation reale Bewegungen und derartige Absichtserklärungen wie Strategievorstellungen in eine lebendige Verbindung zu bringen, sind bislang praktisch wie theoretisch kaum erprobt (ein Problem auf das vor allem im zweiten Teil des Aufsatzes von U. Hellweg im nächsten Heft eingegangen werden soll). In diesem Kontext erschien uns auch der Beitrag des SSK aus Köln so wesentlich, ein Konzept, das nicht lokalistisch beschränkt etwas sichern und verteidigen will, sondern in seinen Kernbestandteilen, der Koppelung von Fragen der Arbeitslosigkeit, der lokalen Wirtschafts- und Wohnungsmarktpolitik, Züge einer solchen urbanistischen und kommunalen Alternative besitzt, hinter der sich auch Ansätze alternativer Wege durch die gesamtgesellschaftliche Krise konturieren ließen.

Ebenso wie dieses Editorial hat der Beitrag des SSK in hohem Maße den Charakter einer Aufforderung: Raum zu geben für die Eröffnung einer politischen Debatte, die für jedermann durchsichtig Alternativen in der städtischen und kommunalen Politik als Bestandteil von auf die Entwicklung der nächsten Jahre bezogenen Alternativen für diese Gesellschaft ausweist.

Adalbert Evers